

# Ockenfels: Austritte und Auflösungen

Die Zeit sei aus den Fugen geraten – meinen jetzt nicht nur die konservativ Besorgten, die es haben kommen sehen. Auch wer bisher die ständige Aufbruchsbereitschaft harmonieoptimistisch beschwor („Wir schaffen das“, „Yes we can“) und permanente Modernisierung in Politik und Kirche predigte, beschränkt seine Hoffnung auf rechtlich geordnete Verhältnisse. Denn es geht ja wohl entschieden zu weit, daß muslimische Terroristen und Amokläufer nicht nur weltweit, sondern sogar im friedlichen Reservat Deutschland Panik verbreiten. Das geht nun überhaupt gar nicht, um es in der Sprache der Bundeskanzlerin und unserer deeskalierenden Psychologen und allversöhnenden Theologen zu sagen. Sie suchen krampfhaft nach Erklärungen jenseits der einfachen Erfahrung, daß zwar nicht alle Muslime Terroristen, jedoch die meisten Terroristen heute Muslime sind.

*(Von Wolfgang Ockenfels, aus dem Editorial der Neuen Ordnung 4/16)*

Besonders herausgefordert fühlen sich die Islamversther der pastoral-flexiblen Art, die es „überhaupt gar nicht“ verstehen wollen, daß es noch Koran- und Schariagläubige geben kann, die ihren Glauben wörtlich ernstnehmen. Einer von den höchst Verständnisvollen unter anderen Beliebigen, die ein „Wort zum Sonntag“ im ARD-Programm von sich geben, war ein Prälat der besonderen Art aus München. Ihm entfuhr der bemerkenswerte Satz: „Als Christ sage ich: Die tiefste Ursache der Sünde, also auch der Gewalt und des Hasses, ist die Angst ... vor dem Anderen.“ Das sagte er mit einer ziemlich ängstlichen Miene, die nicht gerade erlöst und hoffnungsvoll aufleuchtete.

Solche laienpsychologischen Sätze muß man nicht für häretisch, aber doch für ziemlich einfältig halten. Gibt es nicht auch

eine berechnete Gewalt (die des Rechtsstaates) und einen berechneten Haß (den gegen das Verbrechen)? Und gehört die Angst nicht zur „Grundbefindlichkeit“ des Menschen (Heidegger, Kierkegaard), die von manchen Philosophen sogar als Motiv jeder Religion angesehen wird? Eine Angst, die sich als Warnsignal in konkreter Furcht notwendig, also notüberwindend äußert?

Das kardinale Mißverständnis von Angst und Furcht zeigt lediglich, wie weit sich die abgeschirmten politisch-klerikalen Eliten inzwischen von den Gefühlen und Gedanken der „einfachen Leute“ verabschiedet haben. Bei den intellektuell verachteten deutschen Ureinwohnern wächst nämlich die Klage über die unkontrollierte Einwanderung muslimisch-orientalisch-afrikanischer Migranten, über ständig mißlingende Integration, über wachsende Gewaltbereitschaft in einer „multikulturellen Gesellschaft“, über die Verachtung des schwächlichen Christentums. Das Bedürfnis nach Sicherheit tritt in den Vordergrund, denn es ist die Bedingung für die Freiheit des Individuums wie der Gemeinschaften.

Doch unser Rechts- und Sozialstaat scheint überfordert zu sein, die Sicherheitserwartungen seiner Bürger zu erfüllen. Denn die Bürger verabschieden sich zunehmend von sozialen, politischen und religiösen Bindungen und Verbindungen.

Als Individualisierung und Pluralisierung beschreibt man diese Entwicklung, soziologisch verharmlosend. Ethische Verbindlichkeiten sind von Soziologen nicht zu erwarten, sie ersetzen weder Sozialethiker noch Theologen, die Wert auf integrative Prinzipien wie Personalität, Solidarität, Subsidiarität und Gemeinwohl legen. Aber wie authentisch legen EU-Politiker und Sozialethiker diese Prinzipien noch aus? Vor allem das Subsidiaritätsprinzip, das individuelle, regionale und nationale Unterschiede noch zuläßt und nicht einebnet?

Unabhängig von aktuellen Horrormeldungen ereignete sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten europaweit ein schleichender

Auszug aus „sozialen Systemen“, die einst Orientierung und Sicherheit zu bieten versprochen. Einfach nicht mehr mitzumachen, zu kündigen – ist dabei nicht bloß der satten Trägheit zu verdanken, sondern kommt vor allem aus Resignation, Protest und (wenigstens passivem) Widerstand. Austritte sind bedenkliche Warnsignale der Auflösung. Manchmal eröffnen sie aber auch neue Chancen.

Hier einige Beispiele: (1.) Seit 1990 haben die etablierten Parteien die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. Was ist von „alternativen“ Parteien zu halten? Gehen sie über bloße Kritik hinaus und deuten bessere Möglichkeiten an? (2.) Am 23. Juni dieses Jahres haben die Briten für einen Austritt aus der Europäischen Union gestimmt. Wird sich die EU selber abschaffen oder doch noch reformieren? (3.) Seit Jahren verzeichnen die tonangebenden Printmedien vernichtende Auflagenverluste. Wer oder was füllt diese Lücke? Und schließlich (4.) betrifft der Massenaustritt auch die christlichen Kirchen. Was kommt nach der Volkskirche?

Wer sind die neuen „Sinnproduzenten“, wer vermittelt verlässliche Werte und sichere Orientierung? Diese Fragen richten sich zunächst an die Eliten und Repräsentanten von Kirche und Politik, die aber selber stark verunsichert sind. Notwendig erscheint zunächst eine stärkere Entkoppelung von Kirche und Politik, wie sie von Papst Benedikt XVI. unter dem Stichwort der „Entweltlichung“ gefordert wurde. Die finanziellen Sicherheiten, welche die Kirche und ihre Caritas in Deutschland genießen konnten, sind dahin, sobald sich ein „Recht“ auf Abtreibung und Suizid europapolitisch durchgesetzt hat. Eine christliche Caritas hat in einem selbstmörderischen System nichts mehr zu suchen, wenn sie sich nicht selber aufgeben will.

Und was die Spezialitäten der deutschen Sozialpolitik betrifft, so steht diese auf den wackeligen Beinen einer Wirtschaftsentwicklung, die keinerlei Garantie auf Wachstum geben kann. Nach Umfragen von Allensbach können 69 Prozent der

Migranten nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden. Sie und ihre Nachzügler werden von sozialstaatlichen Zuwendungen leben müssen und damit unmittelbar in Konkurrenz zu den Millionen Hilfsbedürftigen treten, die wir schon jetzt in Deutschland haben. Hier bahnt sich eine neue soziale Frage an, die sich im Verteilungskampf um soziale und nationale Partizipation zu erkennen gibt. Die Bezieher sozialer Transferleistungen werden begreifen, daß sie ihre Renten nicht von Europa, sondern vom Nationalstaat erhalten. Jedenfalls nicht von jenen Migranten, die weder zum Sozialprodukt noch zum sozialen Frieden beitragen.